

«ALV-Massnahmen nachvollziehbar»

Verhaltene Kritik der Wirtschaftskammer

VADUZ – Um die Arbeitslosenversicherung zu sanieren, plant die Regierung Leistungsanpassungen und Beitragserhöhungen. Die Wirtschaftskammer übt zwar Kritik, aber nicht allzu laut.

• Michael Benvenuti

Knapp 90 Millionen Franken betrug das Polster der Arbeitslosenversicherung Ende 2000, neun Jahre später sind nur mehr 23,9 Mio. übrig. In 18 bis 24 Monaten droht der ALV endgültig das Geld auszugehen. Dass Handlungsbedarf besteht, ist seit Jahren bekannt. Bereits 2006 stufte der damalige Wirtschaftsminister und jetzige Regierungschef Klaus



WK-Präsident Arnold Matt.

Tschüscher eine Totalrevision der ALV als «prioritär» ein.

Dennoch brauchte es vier Jahre und einen Personalwechsel im Ressort, bis den Worten auch Taten folgten. Seit gestern befindet sich der vom jetzigen Wirtschaftsminister Martin Meyer ausgearbeitete Gesetzesentwurf in der Vernehmlassung, die ersten Reaktionen sind durchaus positiv.

Forderung der WK erfüllt

«Aufgrund der Sachlage, dass die ALV dringend saniert werden muss, können die geplanten Massnahmen der Regierung sicher nachvollzogen werden», erklärte etwa Arnold Matt, Präsident der Wirtschaftskammer, auf «Volksblatt»-Anfrage. Zwar kämpfte die Wirtschaftskammer immer gegen Erhöhungen der Sozialleistungen, und damit gegen Erhöhungen der Lohnnebenkosten, «in diesem Fall können wir uns aber nicht wirklich wehren».

Positiv beurteilt Matt die Tatsache, dass der Beitragssatz in Liechtenstein trotz Erhöhung weit unter jenem in der Schweiz liegt und dass die Erhöhung des Beitragssatzes von 0,5 auf 1 Pro-



Arnold Matt befürchtet für das Baugewerbe Verschlechterungen.

zent zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werde.

Selbst die geplanten Änderungen bei der Kurzarbeit, wo die Entschädigung der Arbeitnehmer von 84 auf 80 Prozent gesenkt werden soll, stossen bei Matt auf Zustimmung: «Dies mag auf den ersten Blick zwar schlecht sein, dient aber schlussendlich dem Erhalt von Arbeitsstellen.» Als «erfreulich» bezeichnet der WK-Präsident das Vorhaben der Regierung, die Unternehmer administrativ zu entlasten, indem in Zukunft sämtliche Abgaben an die AHV und die ALV direkt und mit nur einer Überweisung an die AHV erfolgen.

Auf Kritik stösst hingegen die geplante Wartefristverlängerung

bei der Schlechtwetterentschädigung von einem Tag auf neu drei Tage. Diese Änderung sei nicht wirklich nachvollziehbar und könne besonders das Baugewerbe stark treffen, warnt Matt.

LIHK hält sich zurück

Deutlich zurückhaltender als die Wirtschaftskammer kommentierte die LIHK den Gesetzesentwurf. Da die Totalrevision eben erst zur Vernehmlassung ausgeschrieben worden sei, «ist es der LIHK derzeit noch nicht möglich, konkrete Aussagen zu machen», teilte LIHK-Präsident Josef Beck dem «Volksblatt» mit. Grundsätzlich sei eine Totalrevision der ALV aber «notwendig und im Interesse aller Beteiligten».